

Über kurz oder Lang

Eine Digitalagentur für Deutschland

Eine Kolumne von **Christina Lang**

Neues Jahr, neue Wahl, neue Digitaldebatten: Die Wahlprogramme aller großen Parteien nehmen natürlich auch Digitalisierung mehr oder weniger stark in den Fokus. Die CDU ist Spitzenreiter: „digital“ kommt in ihrem Programm 77 Mal vor. Knapp gefolgt von Grünen und FDP (je 75), die SPD liegt mit 58 Nennungen auf dem vierten Platz. Auf den jeweiligen Seiten geht es neben digitalpolitischen Fragen auch um den digitalen Staat und darum, wie die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung endlich beschleunigt werden kann. Viel weiter als die Forderung nach einem „echten“ Digitalministerium gehen die Parteiprogramme jedoch nicht. Logisch, in der Politik und wohl auch in den Koalitionsverhandlungen wird erst mal über Strukturen und Zuständigkeiten geredet. Aus meiner Sicht ist aber entscheidender als ein Digitalministerium eine starke Digitalagentur, die zentral und konkret mit der Umsetzungssteuerung betraut und mit Umsetzungspower ausgestattet wird. Diese Agentur sollte auf dem gesammelten Problemverständnis und Erfahrungen aus der Um-

setzungsarbeit aus den letzten Jahren aufbauen: Neben dem DigitalService sind in den letzten Jahren auch andere Innovations-einheiten und Labore entstanden, die im Kleinen bereits an den großen Herausforderungen rund um eine moderne IT-Infrastruktur und gute digitale Angebote des Staates arbeiten. Wir sind eingespielt, haben Erfahrungen gesammelt, das Verwaltungssystem verstehen gelernt und haben in konkreten Projekten bereits Lösungen für wiederkehrende Hürden gefunden. Und wir haben einen recht ähnlichen Blick auf die strukturellen Herausforderungen, die größere Fortschritte bisher verhindert haben.

Echte, gemeinsame Strategie und stringente Steuerung fehlen

Was uns bisher fehlte, ist als Bund eine echte, gemeinsame Strategie für einen digitalen Staat, kombiniert mit einer stringenten Steuerung der verschiedenen Aktivitäten, am besten föderal übergreifend. Und die notwendige politische Rückendeckung und Unterstützung, wenn Veränderungen in den bestehenden Struktu-



Christina Lang ist Chief Executive Officer (CEO) des DigitalService.

Foto: BS/DigitalService

ren auch gegen Widerstände und Bedenken durchgesetzt werden müssten.

Gebündelte Zuständigkeiten

Den letzten Aspekt kann nur ein (Digital-)Ministerium bedienen. Es soll die politische Verantwortung für eine Digitalisierungsstrategie innerhalb der Regierung tragen und die politischen sowie strukturellen Voraussetzungen für die Digitalisierung schaffen. Dafür braucht es die gebündelten Zuständigkeiten rund um Verwaltungsdigitalisierung und staatliche IT und die Stellung, sich auch

auf föderaler Ebene gegen Widerstände durchzusetzen. Die Vorhaben muss das Ministerium über ein zentrales Digitalbudget wirkungsvoll steuern können.

Die Digitalagentur ergänzt das Ministerium dann als starke, nachgelagerte Umsetzungsinstanz, die sowohl strategische als auch operative Aufgaben wahrnimmt – nur so gewinnen wir

schnell an Umsetzungsgeschwindigkeit. Strategisch erarbeitet die Digitalagentur zunächst ein Zielbild für den digitalen Staat im 21. Jahrhundert. Dazu gehört auch eine kritische Evaluation der bestehenden Digitalisierungsprogramme und gegebenenfalls eine Neuausrichtung dieser. Dann wird eine klare Digitalisierungsstrategie – also ein mutiger, grober Plan für das Erreichen des Zielbilds – entwickelt, die durch das Ministerium politisch verantwortet wird. Zur Aufgabe der Digitalagentur wird es auch gehören, die Umsetzung der Strategie zu steuern, regelmäßig

zu überprüfen und nach Bedarf Pläne und Maßnahmen anzupassen. Die Agentur sollte sicherstellen, dass einheitliche Standards auf Bundesebene durchgesetzt und Parallelentwicklungen vermieden werden.

Umsetzungs-Know-how und Schlagkraft gefragt

Neben dem Aufbau dieser Steuerungskompetenz braucht die Digitalagentur eigenes Umsetzungs-Know-how und die Schlagkraft, bestimmte Digitalprojekte und die Arbeiten am langfristigen Fundament eines digitalen Staates direkt zentral umzusetzen.

Durch die politische Rückendeckung und Governance eines Digitalministeriums kann die Digitalagentur diese Aufgaben und die langfristige digitale Transformationsarbeit relativ unbeeindruckt vom politischen Tagesgeschäft in Ministerien vorantreiben. Das wird die Verwaltungsdigitalisierung in ihrer Umsetzung insgesamt merklich beschleunigen.

Die Zeichen stehen gut für einen echten Richtungswechsel. Gehen wir es an!

Grünes Licht für das NOOTS

Ministerpräsidentenkonferenz beschließt Staatsvertrag

(BS/cb) Die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien (CdSK) hatten sich bereits auf einen Vertragsentwurf zum NOOTS, dem National Once-Only-Technical-System, geeinigt. Dieser wurde nun von der oberen Ebene der Bundesländer abgesegnet.



Das NOOTS soll Registerdaten zwischen Behörden, Bundesländern und europäischen Staaten hin- und herschicken.

Foto: BS/Chotijah, stock.adobe.com

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Bundesrat wurde beschlossen, den Staatsvertrag von den Bundesländern ratifizieren zu lassen. Ebenso muss der Vertrag, der vorrangig die Steuerung und Finanzierung des NOOTS regelt, vom Bundestag ratifiziert werden. In Kraft tritt er, wenn elf der 16 Bundesländer sowie der Bundestag ihre Ratifizierungsurkunden beim Vorsitz der MPK hinterlegt haben. Das soll bis Mitte 2025 passieren, also vermutlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode. Dennoch ist der Schritt ein wichtiger und wird dementsprechend als Erfolg gewertet: Das NOOTS gilt als das Herzstück der Registermodernisierung (RegMo), ist deren Architektur und ein entscheidender Baustein in der Beschleunigung von Deutschlands Verwaltungsdigitalisierung.

Alternative von Bremen und Sachsen-Anhalt

Vor einigen Wochen hatte im IT-Planungsrat noch Uneinigkeit über die Ausrichtung des NOOTS ge-

herrscht. Bremen und Sachsen-Anhalt hatten vorgeschlagen, die Governance und die Finanzierung des Megaprojekts komplett dem Bund zu überlassen, fanden damit aber nicht genug Anklang bei den anderen Ländern. Nach weiteren Abstimmungen und der Einigung der CdSK scheint nun der entscheidende Schritt für das so wichtige NOOTS erfolgt zu sein.

Dessen Finanzierung wäre nicht typisch deutsch, wenn „wir es nicht kompliziert formulieren würden“, kommentierte *Dr. Fedor Ruhose*, Chef der Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz: 2025 und 2026 solle das NOOTS aus dem Budget der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) finanziert werden, ab 2027 zu 53,4 Prozent aus ebendiesem sowie zu 46,6 Prozent durch einen fixen Anteil des Bundes. *Ruhose* appellierte an die Fachverwaltungen, die „Datenautobahn“ NOOTS nun zu nutzen und ihre Register digital zu führen. Insgesamt sei „noch viel Arbeit zu tun“, so der ehemalige CIO und CDO des Landes.

heise academy

Sich selbst hacken, bevor es Angreifer tun

Ethical Hacking für Admins – Pentesting für eine sichere IT

In diesem Classroom lernen Administratoren und IT-Sicherheitsverantwortliche von IT-Experten Frank Ullly, wie sie durch Ethical Hacking die Sicherheit ihrer Systeme erhöhen.

**5 Tage
geballtes
Wissen**

➔ Jetzt Tickets sichern unter heise-academy.de

